

Antrag der Fraktion UFFBASSE vom 23. März 2025 betr. Stärkung von lebensnahem Wissen, z. B. zu finanziellen und politischen Themen an Darmstädter Schulen

UFFBASSE!

UNABHÄNGIGE FRAKTION FREIER BÜRGER AUFRICHT SPONTAN SUBKULTURELL EIGENWILLIG



Pützerstraße 6
64287 Darmstadt
www.uffbasse-darmstadt.de

Darmstadt, 23.03.2025

Antrag: Stärkung von lebensnahem Wissen, z.B. zu finanziellen und politischen Themen an Darmstädter Schulen

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, der Magistrat wird gebeten, ein Angebot für die Schulen in Darmstadt aufzusetzen, mit dem Kindern und Jugendlichen verstärkt lebensnahes Wissen aus den Bereichen Finanzen, Recht und Politik vermittelt wird. Dazu könnte unter anderem gehören:

- Regelmäßige Besuche von Stadtverordneten an den Schulen, um über ihre Arbeit in der Kommunalpolitik zu berichten und politische Entscheidungsprozesse erlebbar zu machen.
- Kooperation mit Darmstädter Unternehmen und Kanzleien, um praxisnahe Workshops zu wirtschaftlichen und rechtlichen Themen zu ermöglichen.
- Die Stadt soll als zentrale Koordinierungsstelle fungieren, indem sie bestehende und neue Angebote sowie Kontakte zu Expert:innen sammelt und über das Städtische Schulamt den Schulen zur Verfügung stellt.
- Die Schulen sollen ermutigt werden, solche Angebote entweder unterjährig in den Unterricht einzubauen oder aber solche Themen verstärkt in Projektwochen zu integrieren.

Begründung:

Die Vermittlung von finanziellem Grundwissen sowie politischen und rechtlichen Zusammenhängen ist für junge Menschen essenziell, wird jedoch im regulären Schulunterricht oft nur unzureichend behandelt. Themen wie Steuern, Versicherungen, Altersvorsorge, Mietrecht oder demokratische Entscheidungsprozesse spielen im späteren Leben eine zentrale Rolle, sind aber bislang nicht flächendeckend in den Lehrplänen verankert.

Da die inhaltliche Gestaltung des Schulunterrichts in der Verantwortung des Landes liegt und die Stadt hier nicht direkt eingreifen kann, sollte trotzdem versucht werden, solche Angebote gezielt an den Schulen zu etablieren und den Schüler*innen so praxisnahe Einblicke in diese wichtigen Themenfelder zu ermöglichen.

Bereits jetzt gibt es seitens vieler Schüler:innen ein großes Interesse an praxisnaher Wissensvermittlung in diesen Bereichen, insbesondere in Bezug auf Finanzkompetenz und politische Bildung. Die Stadt kann hier unterstützend wirken, indem sie eine zentrale Anlaufstelle für Schulen bietet, um relevante Angebote zu bündeln und gezielt weiterzuvermitteln. So kann auch ohne großen finanziellen Aufwand ein nachhaltiges und zielgerichtetes Angebot für die Schulen geschaffen werden.

Wir bitten um wohlwollende Prüfung unseres Antrags.

Kerstin Lau, Marc Arnold, Sebastian Schmitt, Carmen Stockert, Till Mootz